

Bauernbund zur Nachwendezeit: Brandenburgs Agrarpolitik hat LPG- Nachfolger gefördert und Bauern ausgebremst

"Bäuerliche Familienbetriebe waren in der Nachwendezeit in Brandenburg nicht gleichberechtigt mit den LPG-Nachfolgern. Im Gegenteil hatten sie eine Vielzahl von praktischen Nachteilen und politisch motivierten Wettbewerbsverzerrungen zu erdulden, mit denen ihnen der Neubeginn erschwert wurde" – das ist die Kernaussage einer Stellungnahme, die der Bauernbund Brandenburg gegenüber der Enquete-Kommission Nachwendezeit abgegeben hat. Die Kommission wird sich am 25. Mai erstmals mit dem Thema Landwirtschaft befassen.

"Durch Umwandlung in eine Genossenschaft nach bundesdeutschem Recht gelangten die LPG-Nachfolger in den Besitz von erheblichen Vermögenswerten", stellte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung fest und kritisierte: "Nach einer Studie der Universität Jena waren 83 Prozent dieser Umwandlungen fehlerhaft, das heißt den Wiedereinrichtern bäuerlicher Familienbetriebe wurden ihre Anteile am LPG-Vermögen, an dessen Aufbau sie dreißig Jahre zwangsweise beteiligt waren, weitgehend vorenthalten."

Während Wiedereinrichter für den Aufbau der eigenen Landwirtschaft Kredite aufnehmen und zurückzahlen mussten, wurden die auf den modernen Anlagen der Genossenschaften lastenden Schulden erst gestundet und 2004 gegen eine geringe Ablösesumme ganz erlassen, so Jung weiter: "In Brandenburg erhielten LPG-Nachfolger auf diese Weise eine Sondersubvention von durchschnittlich 1,77 Millionen Euro pro Betrieb."

Auch bei der Zuteilung der etwa 300.000 Hektar Treuhandflächen kamen in Brandenburg bevorzugt LPG-Nachfolger zum Zuge. Obwohl sie nur 12 Prozent der Betriebe ausmachten, konnten sie mehr als 66 Prozent der öffentlichen Flächen pachten, verbunden mit vergünstigten Direktkaufoptionen, hat Jung herausgefunden: "Die große Masse der bäuerlichen Familienbetriebe dagegen erhielt nie eine Chance auf diese Flächen."

All dies zusammen habe zu einem Ausbluten der ländlichen Räume geführt, schließt die Stellungnahme des Bauernbundes: "In den agrarpolitischen Weichenstellungen der Nachwendezeit ist die heutige Schwäche von Brandenburgs Landwirtschaft angelegt: Zu wenig selbständige Landwirte, zu wenig Privatinitiative, zu

wenig Wertschöpfung, dafür viele trotz aller Sondersubventionen noch immer unterstützungsbedürftige Großbetriebe und damit ideale Anlageobjekte für außerlandwirtschaftliche Investoren." Die Enquete-Kommission könne die Fehlentwicklungen nicht mehr korrigieren, allerdings erwarte der Verband von ihr Empfehlungen für eine andere Agrarpolitik. So sollen nach Vorstellung des Bauernbundes zum Beispiel nur noch ortsansässige Landwirte bis zu einer bestimmten Größe Agrarsubventionen erhalten und Treuhandflächen kaufen können.

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*